

entstehen und die Preisbewegung erst dann zum Stillstand kommen, wenn die meisten Arbeiter, Angestellten und Beamten und der sogenannte frühere Mittelstand den regelmäßigen Milchbezug für ihre Säuglinge, Kinder und stillenden Mütter längst eingestellt haben. Dann wird „man“, das heißt nur diejenigen, die den nötigen Geldbeutel haben, „in Milch schwimmen“, weil bei der mangelnden Kaufkraft der breiten Bevölkerungsschichten deren Nachfrage nachläßt. Die Milch würde dann aber ohne besondere Rettungsaktion den Kindern und Müttern, die ohne sie nicht leben können, entzogen werden.

Wenn also diese Maßnahmen der Reichsfettstelle zur Tat werden und dann die dargelegten Folgen eintreten, so muß auf das allerentschiedenste eine großzügige Aktion zur Verbilligung der Rohmilch für die minderbemittelte Bevölkerung geordnet werden. Die Kosten können nicht von den Gemeinden getragen werden, da diese keine Einnahmequellen haben. Die Kosten muß vielmehr ausschließlich das Reich tragen. Die Reichsregierung ist für die Maßnahmen der Reichsfettstelle verantwortlich zu machen und muß schon jetzt die Erklärung, daß sie zum Ersatz der Kosten bereit ist, unzweideutig abgeben.

Die Städtevertreter haben sich einstimmig bereit erklärt, um den Kuhhaltern entgegenzukommen, diesen etwa 50 Pf. für das Liter Milch mehr zu zahlen, sofern an der Zwangswirtschaft der Milch nicht gerüttelt wird. Jetzt ist demgemäß in einzelnen Bezirken, z. B. Berlin und Magdeburg, bereits dieser Zuschlag gewährt. Sollten nunmehr doch noch Lieferungsverträge abgeschlossen werden, so kann das nur unter einer abermaligen Erhöhung, nämlich durch Zuschläge, geschehen. Wir würden also eine zweite wesentliche Erhöhung der Milchpreise unmittelbar nach der ersten Erhöhung in diesem Jahre erleben, ein ganz hoffloser Zustand!

Es gewinnt fast den Anschein, als ob sich die Reichsregierung ganz von den hochagrarischen Kreisen leiten läßt. Letztere betreiben, ohne Rücksicht auf die Allgemeinheit, die Sabotage der Zwangswirtschaft für Brot und Milch. In den leitenden Stellen sollte man sich aber darüber klar sein, daß es nur eins geben kann, nämlich Zwangswirtschaft oder freie Wirtschaft. Jedes Mittelstück ist ein Zwitterding und kann bei der Sinnesrichtung der agrarischen Kreise heute gar nicht mehr mit Erfolg durchgeführt werden. Alle scheinbaren Vermittlungsvorschläge laufen nur darauf hinaus, durch ihre Undurchführbarkeit Verwirrung anzurichten und dadurch den Zusammenbruch jeglicher Bewirtschaftung zu erreichen. Dieses Ziel geht aber über die Zeichen zahlloser Kinder. Ehe nicht der Markkurs sich so weit gebessert hat, daß durch die Einfuhr ausländischer Butter und Milch sich ein Preisausgleich ergibt, kann daher von der Aufhebung der Zwangswirtschaft über Milch nicht die Rede sein.

Zum 18. März.

Der 18. März ist für die Berliner Arbeiterschaft stets ein Tag ersten und dankbaren Gedenkens gewesen. Sie hält das Andenken der Männer in Ehren, die an diesem Tage im Jahre 1848 für Freiheit und Demokratie in den Straßen Berlins ihr Leben ließen. Etwas Tieftragisches hat der Tod dieser Männer, die ihr Ziel dicht vor Augen sahen und doch den besten Teil nicht verwirklichen konnten, weil das unbesserliche feige Bürgertum sie im Stich ließ. Aber auch wir heutigen sind noch Opfer dieser Tragik. Wäre der Sieg der 48er nicht nur ein vorübergehender gewesen, so wären uns die Jahre 1914 bis 1918 — zum mindesten in dieser Form — erspart geblieben. Ein seit zwei Generationen freies und demokratisches Deutschland hätte niemals den Haß der Welt in diesem Maße gegen sich gehabt, wie der halb absolutistische Staat des an Cäsarenwahnsinn leidenden letzten Hohenzollern.

Dennoch feiern wir den 18. März als einen Siegestag. Denn was an diesem Tage im Jahre 1848 geschah, hat selbst die Zeit der schärfsten Reaktion niemals völlig

rückwärts revidieren können. Und das gibt uns ein hohes Maß von Zuversicht auch gegenüber den reaktionären Verschwörungen und Putschversuchen. Historische Tatsachen von der Wucht eines 18. März 1848, eines 9. November 1918 lassen sich nicht aus der Geschichte ausradieren. Nach jeder Revolution gibt es noch eine lange Zeit des Schwankens, des ungewissen Auf und Nieder. Aber was vor der Revolution war, das kehrt nicht mehr zurück. Wie der 18. März 1848 das absolutistische Deutschland endgültig überrannte, so hat der 9. November 1918 das halbabsolutistische Deutschland zu den Dingen einer vergangenen Geschichtsperiode geworfen.

Der 18. März selber hat hierfür Zeugnis abgelegt. An diesem Tage brach vor einem Jahre das Rapp-Überrückfeuer entzündet zusammen. Was dieser Streich historisch bedeutete und wie er überwunden wurde, das ist in einem früheren Gedankartikel dargelegt worden. Heute möchten wir den Blick auf das Gegenwärtige richten. Der Ausfall der letzten Preußenwahlen hat eine erneute Gefahr der Reaktion für Preußen heraufbeschworen. Die fortgesetzte Disziplinierung des Wahlatlasses durch die linksradikalen Parteien, dazu die ewige Parteilspaltung haben dahin geführt, daß ein dreierter Millionen republikanischer Wähler bei den Preußenwahlen zu Hause geblieben sind. Ihr Verhalten hat einzig und allein zur Stärkung der Reaktion geführt. Es ist nichts anderes gewesen, als wenn eine große Armee kampflös ihre Waffen an die Gegenseite abgibt. Der gewöhnliche Wahlerfolg der Sozialdemokratie hat den allgemeinen Rückgang der Linken nicht verhindern können. Gewissenlose Demagogen der Linksradikalen haben einem Teil der Arbeiter eingeredet, daß es ganz gleichgültig sei, ob man eine sozialistisch-republikanische oder eine reaktionäre Regierung habe. Den durch solche Phrasen Verführten dürften jetzt die Augen auf- und übergehen. Ein Blick nach Bayern genügt, um zu sehen, daß es doch ein Unterschied ist, ob ein Land sozialistische oder deutschnationale Minister hat.

Aber man braucht über Rückschlüsse nicht zu verzweifeln, wenn aus ihnen die bessere Einsicht und der Wille erwacht, begangene Fehler zu vermeiden. Die Einsicht, daß die Arbeiterschaft durch Selbstzerfleischung sich um die besten Früchte der Novemberrevolution gebracht hat, ist im Wachen. Das zeigen bei allem das Wahleresultat von Preußen, das Wahleresultat von Mecklenburg. Mit der inneren Gesundung der Arbeiterbewegung wird auch die Macht der Arbeiterklasse wieder steigen, die Gefahr der Reaktion schwinden.

Eine Kundgebung „für die Republik gegen die Reaktion“ veranstalteten gestern in der „Neuen Welt“ republikanische Verbände unter Leitung des republikanischen Führerbandes. Als Referenten sprachen Reichstagsabgeordneter Eggerstedt (S.P.D.), Landtagsabgeordneter Rabold (U.S.P.), Landtagsabgeordneter Rutiner (S.P.D.) und Bundesvorsitzender Rieffahl. Als Redner betonten unter lebhaftem Beifall der Versammlung, daß die geschlossene Front aller Republikaner das einzige, aber auch das sicher wirksame Mittel sei, um eine Wiederkehr der Reaktion zu verhindern.

Der zerplante Korruptionschwindel.

Der Sonnenfeld-Prozess hat geendet, wie er erden mußte. Als politischer Prozeß hat er angefangen, um sich zu einem ganz gewöhnlichen Strafprozeß gegen Defraudanten, Fälscher und Erpresser zu entwickeln. Immer deutlicher trat hervor, daß die Angeklagten gemeine Verbrechen begangen hatten und ihr politisches Betriebe nur Kasse war, um den Raub zu decken. Nicht wegen angeblicher Regressansprüche, sondern um sich persönlich zu bereichern, hat Ernst Sonnenfeld anderthalb Millionen fremden Geldes in seine Tasche gesteckt, und nicht um die fittliche Atmosphäre Deutschlands zu reinigen, sondern um eine Erpressung gegen den Geschäftigen zu begehen, hat man den ganzen Fall in die Atmosphäre eines politischen Ständels eingetunkt.

G. O. Gervinus. Ein halbes Jahrhundert ist am 18. März verfloßen seit dem Tode des Geschichtsschreibers und Literaturhistorikers Gervinus. Er war schon zu Lebzeiten vom Strom der Zeit beiseite gespült. Denn er war kein liberaler Denker, sondern ein konservativer. Wie er 1837 zu den berühmten Göttinger Sieben gehörte, die dem welfischen Staatsstreicher Ernst August mannhaltig die Brandmarke aufdrückten und ihre Exilienz opferten, so ist er auch 1848 und nachher treu zu seiner Sache geblieben. Als der König von Preußen die Kaiserkrone aus den Händen des Parlaments ausschlug, schrieb Gervinus in der „Deutschen Zeitung“: „Der Monarchismus hat sich selbst verlassen, seine Sache ist in Deutschland, was auch die preußischen Bonaparte schaffen mögen, gänzlich verloren.“ Zunächst freilich behielten die Realpolitiker recht. Gervinus wurde in Helldorf, also im liberalsten deutschen Lande, ein Hochverratsprozeß angehängt. Er wurde zu Gefängnis verurteilt und erst in höherer Instanz davon befreit. Das Bürgertum ließ seinen ideologischen Borkämpfer im Stich und wandte sich der wirtschaftlichen Welteroberung zu. Gervinus, unerbittlicher Gegner der preußischen Politik, wurde ziemlich ignoriert, beerdigt am Tage, da die aus Frankreich heimkehrenden Truppen einzogen.

Gervinus erschien seinen Zeitgenossen als schroffer Doktrinär, als typischer deutscher Professor (im alten Sinne), der von der Wirklichkeit nichts verstand. Hatte er nicht Preußens Beruf, durch Gewalt ein deutsches Reich zu schaffen, gelegenheit, weiter an eine (möglichst gewaltlose) Revolution geglaubt, wegen der Wegnahme von Göttinger-Liberalen protestiert? Vielleicht würde heute mancher anders über ihn denken, wenn er den Weg hätte zu Ende gehen können.

Die Werke, in denen Gervinus seiner Zeit den Spiegel vorgehalten, standen alle im Dienste seiner Ideen: sie sollten das Bürgertum zur Politik erziehen. Er wollte es aus der Erstarrung, der jeder politischen Wille gebracht, emporheben und rief in seiner Geschichte der politischen Nationalliteratur die Mittelenden von der Literatur fort zur schöpferischen Tat.

Heute gilt Gervinus als Begründer der wissenschaftlichen deutschen Literaturgeschichte, und man bestreitet, daß er den „Zeitgrundcharakter“ eingeführt hat. Sein einbändiges Werk über Shakespeares Offenbart uns, wieviel enger er das Wesen deutscher Bildungsvorstellung gefaßt hat als die literarischen Schaumblätter von nachher und heute. Aber näher als sein überholtes, aber immer noch lesenswertes Werk (auch die nur begonnene Geschichte des 15. Jahrhunderts ist hier zu nennen) steht uns heute der Mann, der, so wenig er Sozialdemokrat gewesen ist, die Bedeutung der Demokratie und der Massen für die Zukunft erkannt und seinen Glauben durch sein Handeln befestigt hat.

Die Niederdeutsche Woche. Die niederdeutsche Sache hat schon während des Krieges lebhaften Aufschwung genommen. Dieser große deutsche Volkstamm, der heute über eine Reihe von Staaten und Provinzen zerstreut ist, ist sich seiner Zusammengehörigkeit wieder bewußt geworden und hat die Pflege heimatischer Art und Sprache lebhaft aufgegriffen. Träger der Bewegung sind wesentlich die „gebildeten Schichten“, die vor ein, zwei Generationen noch zum Teil die angestammte Sprache als „gewöhnlich“ betrachtet haben. Aber die breite Masse des Volkes, die viel treuer alles noch vollständig

Je schärfer die Konturen des gemeinen Verbrechens hervortraten, desto mehr löste sich der politische Schwindel in nichts auf. Der Ausgang des Sonnenfeld-Prozesses bedeutet das Ende des mit so großem Geschrei in Szene gesetzten Korruptionsfeldzuges gegen die Sozialdemokratie. Hier wurden die Wurzeln der ganzen Kampagne bloßgelegt, und es zeigte sich, daß diese Wurzeln faul waren. Ein Jahr oder noch länger hat sich die deutsche Öffentlichkeit über die Phantasien eines Defraudanten aufgeregt, die er nur erdichtet hatte, um sich die defraudierte Summe zu verdienen. Was die Sonnenfelds selber von ihrem „Material“ hielten, das geht am besten aus den Briefen und Telegrammen des alten Sonnenfeld an seinen Sohn hervor, die immer wieder in den Angstkreisen ausliefen: „Mein Material ist nicht ausreichend, wenn du weiter nichts hast, dann sieht die Sache schlimm für dich.“

Trotzdem wird das „Material“ schließlich losgelassen, als der Erpreßte sich nicht von einer Strafanzeige abhalten läßt. Hat es nicht geholfen, den Raub zu sichern, so soll es doch der Rache dienen. Es findet sich ein ehemaliger sozialdemokratischer Abgeordneter, der mit bodenloser Leichtfertigkeit auf den Schwindel hereinfällt und ihn mit seinem Namen deckt. Durch seine Autorität bekommt die Sache ein gewisses öffentliches Ansehen. Ein in Unfrieden geschiedener ehemaliger Angestellter des Erpreßten, der gleichfalls in der Partei Kiemer beileidet hat, hilft die Sache weiter schieben. Es wird noch eine bürgerliche Korrespondenz gewonnen, die mit der nötigen Geheimniskrämeri und Effekthascherei die Sache aufmacht — und der „sozialdemokratische Korruptionsstand“ ist fertig. Derweil sitzen im Hintergrund Vater und Sohn Sonnenfeld, Erpreßer und Defraudant, und wärmen sich die Hände an dem Feuerchen, das sie angezündet haben.

Und das ist die Gesellschaft, auf deren Zeugnis hin die gesamte rechtsstehende und linksradikale Presse gewagt hat, hochanständige und hochangesehene Führer der Sozialdemokratie durch den Dreck gemeinster Verdächtigungen zu ziehen! Die Sonnenfelds sind als Defraudanten und Erpresser verurteilt. Moralisch verurteilt aber ist auch jene Presse mit ihrem Korruptionsgeschrei als die Helfershelferin einer gemeinen Verbrecherbande. Aus Parteilichkeit und Partisanenfanatismus hat ein großer Teil der deutschen Presse sich dazu erniedrigt, das Spiel eines gerissenen Millionendefraudanten zum entscheidenden Faktor ihrer Politik zu machen! Eine Warnung für Leichtgläubige und verbohrene Fanatiker. Von den meisten dieser Blätter erwarten wir nicht, daß sie auf Grund des Sonnenfeld-Prozesses die Wahrheit erkennen werden. Die Sache ist ja inzwischen mit sozial Advokatenkniffen verzerrt und kompliziert worden, daß das Publikum den einfachen Zusammenhang nicht mehr erkennt, wenn es nicht mit der Nase darauf gestoßen wird. Und die Leute, denen ihr Korruptionschwindel ein so willkommenes Wahlhelfer war, werden sich hüten, das zu tun.

Donnerstag nachmittag, am 15. Verhandlungstage, verurteilte der Vorsitzende, Sondergerichtsdirektor Schulze, folgendes Urteil, dem noch eine traurige Reihe Hermann Sonnenfelds mit Gebet, Bedacht usw. vorausgegangen war:

Frau Sonnenfeld, Gertrud Scholz, Humann und Hauptmann von Frankenberg werden freigesprochen.

Ernst Sonnenfeld wegen schweren Diebstahls, Betrugs und Urkundenfälschung zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis mit dreijähriger Bewährungsfrist für die letzten sechs Monate.

Hermann Sonnenfeld wegen Begünstigung in Tateinheit mit versuchter Erpressung zu einem Jahr.

Wittke und Herbert Sonnenfeld wegen Begünstigung zu je drei Wochen Gefängnis verurteilt. Diesen beiden Angeklagten wurde außerdem die Bewährungsfrist zuerkannt.

Den beiden Sonnenfelds wurde die Untersuchungshaft voll angerechnet. Bezüglich der Regressansprüche, die Ernst Sonnenfeld immer ins Feld geführt hatte, kam das Gericht zu der Ansicht, daß sie höchstens in der Phantasie des Angeklagten vorhanden seien.

Märzgewalt.

So steig herauf, duarker Tag,
Du Tag der roten Körnersaal!
Dein Sonnenlicht, dein Stundenkloß,
Ist Weibeschmuck der größten Tat!
Vom heißen Pflaster blutbetaut
Winkt mahnend dein Vermächtnis, —
Achtzehnter März, wir feiern laut
Dein leuchtendes Gedächtnis!

Du hast den Donner einst geweckt,
Des Echo nimmermehr verdröhnt,
Du sahst die Mächtigen gestreckt
Und die Beherrschten siegesgekrönt,
Aus Deiner Dampfschiff Zwangsverflog
Brach endlich los das Dudden
Und holte zwischen Nacht und Tag
Als Gläubiger die Schulden.

Der Kerker darfst, die Kette sprang,
Die Freiheit griff zum Fahnenstang,
Radarmig durch die Gassen schwang
Zornbedend sich des Volkes Kraft,
Die lang im Winkel müßlos schwieg,
Gegeißelt und gebunden,
Nun, da die Rot zum höchsten Rieg,
Ward endlich sie gefunden.

Dampf schraubt das Eisenroß der Zeit,
Aus vollen Schloten quillt der Qualm,
In schweren Röhren, enggeröhrt,
Steigt auf den Modernen Damp an Dalm,
Und immer weiter furcht der Pflug,
Und neue Acker prangen, —
Du Volk, das einst die Vorschlächt schlug,
Die Saat ist aufgegangen!

Entschleiert liegt der Zukunft Bahn,
Millionen Augen sehn das Tor,
Mit neuen Waffen angebau
Stürmt es auf ganzer Linie vor,
Wir stürmen vor, wir dringen ein
Und aufwärts, Stieg um Stiege, —
Achtzehnter März, wir denken dein,
Bahnbrecher unserer Siege.

Frans Dieckhoff

Lebendige bemahrt und auch in die „Grenze“ die Liebe zur heimlichen Art mitnimmt, ist doch im Grunde der Mutterboden, ohne den die Bewegung eine artige Spielerei wäre. Da der Sozialismus keineswegs die Menschheit in einen ungegliederten Brei verwandeln will — das besorgt der Kapitalismus —, braucht er solchen Stützungen keineswegs entgegenzutreten. Vorausgesetzt, daß sie nicht in den Patriotismus läßt Angedenkens oder in politische Utopie, die als gesellschaftlichen Sport entarten. Die Idee der Sammelstaaten ist in Deutschland zurzeit nicht zu verwirklichen, wir haben ernstere Sorgen. Aber die Bewahrung und Pflege stammlicher Eigenart ist eine Kultur Aufgabe, die auch die Sozialdemokratie begrüßt. Sie darf nur nicht zu reaktionärer Rummerei führen. Und dafür ist ja gesorgt, daß wir bei aller Liebe zu alten schönen Bräuten, Arten und Unarten nicht ein oder mehrere Jahrhunderte zurück können, selbst wenn es Kluge gäbe, die es wollten.

Berlin ist ein großes Sammelbecken niederdeutscher Einwanderung geworden, und es zählt — wie auf der anderen Seite des großen Teiches New York — viele niederdeutsche landsmannschaftliche und plattdeutsche Vereine. Sie hatten sich unter Führung des Westfalensbundes zu dieser Woche zusammengelesen. In zwei Kirchen ist plattdeutsch gepredigt worden, im Zoo sind alte Länze und Reigen in alter Tracht getanzt worden (sie sind viel lustiger und lebendiger als die amerikanischen Fopptänze). Auf einem niederdeutschen Liederabend ist das plattdeutsche Lied, das sich wegen seiner Russikosität besonders zur Vertonung eignet, zu Ehren gekommen. Schließlich ist ein in den Formen des mittelalterlichen Ritterturns abgeschlossenes Drama Lucifers des Münsterer Dichters Karl Wagenfeld im Neuen Volkstheater mit gutem Erfolge, der nicht zuletzt auch der guten Regie zu danken war, aufgeführt worden. Es brauchte nicht erst bewiesen zu werden, daß die Sprache Reikers und Gröths auch dem „hohen Stil“ gewachsen ist. (Nur muß das plattdeutsche Ohr mehr daran gewöhnt werden.) Es wäre durchaus wünschenswert, daß wir auch Proben der in Hamburg wieder lebendig gewordenen realistischen plattdeutschen Bühne zu hören bekämen.

Prof. Köstner (vom Kultusministerium) hat sich für die plattdeutsche Muttersprache, die auch wieder in die Schule gehört, wader eingesetzt. Die älteste Kultur Niederdeutschlands, die in den grandiosen Hünengräbern gipfelt, führte Prof. Schuchard, ihr bester Kenner, in Wort und Bild vor. Der großen plattdeutschen Dichter ist nach Gebühr gedacht worden.

So gab es einen Zusammenklang vieler Saiten, die doch alle auf den gemeinsamen Grundton abgestimmt waren. Die Bewegung mag sich weiter entfalten, aber sie soll im Auge behalten, daß sie noch viel volkstümlicher werden muß, wenn sie ihre Kultur Aufgabe erfüllen soll.

K. H. D.

Vorträge und Rezitationen. Dr. Bruno Wille spricht in der Stadthalle Rotherstr. Sonntag 7½ Uhr über Weltreligion — Ernst Friedrich spricht am Einladungs der Arbeiter-Kultusheime Sonntag 8½ Uhr im Beethovensaal Vorträge von Freiligrath, Herwegh, Tschol usw.

Eine Franz-Diederich-Kammer bringt seit 5 der Zeitschrift zur Verbreitung des republikanischen Gedankens „Die Stunde“. Es enthält warmherzige Erinnerungen an Franz Diederich von Edgar Gahnwaldt, einem der vielen jungen Arbeiter, denen der Verlorenen den Weg zur Presse und Literatur ebnete. Robert Gröhs würdigt den Dichter und Kämpfer.

Die Not der Arbeitslosen.

Nadau im Rathaus.

Unter den üblichen Tumulten wurde gestern in der Stadtratsordnungsversammlung zum soundsoviellsten Male über die Not der Arbeitslosen verhandelt. Schon als ein Antrag der Kommunisten, diesen Verhandlungsgegenstand vorzunehmen, abgelehnt wurde, ging der Vorschlag der Tribüne los. Vorsteher Dr. Wehl rügte das und gab dabei bekannt, daß ein Teil der Tribünenbesucher mit gefälschten Karten sich Zutritt verschafft habe. Inzwischen rückte draußen ein Demonstrationszug von Arbeitslosen an und stellte sich mit Fahnen und Plakaten vor dem Rathaus auf. Als nach Erledigung einiger Steuervorlagen und der Kammerwahl in die Beratung der Arbeitslosenfrage eingetreten wurde, begannen neue Vorfälle. Ein Antrag der Kommunisten, eine Deputation der Arbeitslosen zur Sitzung zuzulassen, führte zu einer langen Debatte, in der unten im Saal zeitweise ebenso getobt wurde wie oben auf der Tribüne. Die Wogen der Erregung legten sich erst, als der Vorsteher empfahl, daß der geplante Ständige Ausschuss für Fragen der produktiven und unterstützenden Erwerbslosenfürsorge nach sofortiger Wahl unverzüglich zusammentreten und dann außerhalb des Saales sich mit den Arbeitslosen in Verbindung setzen solle. Die Einsetzung dieses Ausschusses wurde einstimmig beschlossen. Er wird schleunigst über die bereits vorliegenden Anregungen, z. B. über die Frage einer einmaligen Beihilfe, beraten.

Sitzungsbericht.

Der heutigen öffentlichen Sitzung, die nach 5 Uhr beginnt, ist von 15 Uhr ab eine geheime Sitzung vorangegangen, in der der Ausschussbericht über die Kammerwahl erstattet worden ist. — Zur Beratung in öffentlicher Sitzung stehen die Berichte des Steuerausschusses über 1. Konzeptionssteuer für Gastwirtschaften, Schankwirtschaften und für den Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus, 2. die Wertzuwachssteuer, 3. die Hundesteuer, 4. die Gemeindeeinkommensteuerordnung, 5. die Ordnung für den Anschluss an die Stadtentwässerung und die Erhebung von Entwässerungsgebühren. Die Konzeptionssteuer ist vom Ausschuss mit einigen Modifikationen angenommen worden. In der Plenarberatung wird die Ausschussfassung sowohl von der Rechten und den Demokraten, wie von den Kommunisten beanstandet; Dr. Helmke (Dem.) und Ostrowski (Komm.) bringen Änderungsanträge zu den nach dem Anlage- und Betriebskapital bzw. nach dem Ertrag gestaffelten Steuerfakten ein. Schließlich verweist die Versammlung auf Antrag Danziger (N. Soz.) die ganze Materie an den Ausschuss zurück.

Hierauf beantragt Göbel (Komm.) die Bormeinahme der Beratung und Ausschussberichterstattung über die die

Unterstützung der Erwerbslosen

betreffenden Anträge in Anbetracht ihrer Dringlichkeit.

Der Antrag Göbel wird abgelehnt.

Auf der Zuhörertribüne erhebt sich bei der Feststellung dieses Ergebnisses durch den Vorsteher Dr. Wehl ein wildes Geschrei, aus dem sich besonders die Worte: Verräter! Schuft! abheben. In den Rängen hinten bringt die Mitteilung des Vorstehers, daß gefälschte Tribünenkarten verwendet worden sind, deren Druck in einer anderen als in der zuständigen Druckerei stattgefunden haben muß. — Der Lärm auf der Tribüne wiederholt sich; wieder ertönt der vielstimmige Ruf: „Verräter!“ — Die Versammlung nimmt, da der Referent für die Wertzuwachssteuerordnung, Stadtrat Paul Hirsch, noch nicht anwesend ist, den Entwurf einer Hundesteuer in Beratung und genehmigt ihn nach kurzer Beratung in der Fassung der Ausschussvorlage, der durch Annahme eines Antrags Dr. Borchardt (Soz.) noch einige Begünstigungen für die zur Bewachung von Laubenkolonien bestimmten Hunde eingefügt werden.

Hierauf schreitet die Versammlung zur

Stine Menschenkind.

II. Mütterchen.

Von Martin Andersen Regé.

Es stellte sich heraus, daß das neue Gewerbe, Geld einzuheben, und Lars Peter überwand seine Abneigung dagegen. Er überließ es auch weiterhin dem Bruder, herumzufahren und zu kaufen und zu verkaufen, aber er beteiligte sich an der Heimarbeit, lernte das Schinden und Wurstmachen sowie das Kochen von Seife und Schmiere aus Dingen, die als Verkaufsware ganz unmissigbar waren. Es fiel ihm nicht schwer, sich hineinzuleben, die alte Familiengeschicklichkeit kam zu ihrem Recht.

Ein schlimmer Gestank stieg in diesem Sommer von dem Esterneß auf. Die Leute hielten sich die Nase zu und peitschten rasch auf die Pferde, wenn sie auf der Landstraße vorüberfahren. Geld war mit Johannes ins Haus gekommen, es fehlte nie an etwas. Aber weder Lars Peter noch die Kinder waren guter Laune; sie merkten vor allem, daß das Esterneß noch mehr als früher im Grunde der Leute war. Und das Schlimmste war: sie empfanden es nicht mehr als eine Ungerechtigkeit, die ihnen widerfuhr. Jetzt hatte man allen Grund, auf sie herabzusehen; sie hatten nicht das befreiende Gefühl, in ihrer Rechtshoffenheit unangreifbar zu sein.

Dem Johannes war alles gleichgültig. Meistens war er draußen auf seiner Schindertour und machte Geschäfte. Er verdiente gut, und das machte ihn stolz. Oft kaufte er ein Stück Vieh und verkaufte es dann wieder. Er trieb sich herum, wie die Leute erzählten — spielte mit anderen Händlern Karten und besuchte Tanzveranstaltungen. Es kam vor, daß er in Schlägereien verwickelt wurde und mit zerbeultem Kopf und grün- und blaueingelegten nach Hause zurückkehrte. Geld brauchte er sicher reichlich; wieviel er verdiente, ließ sich nicht kontrollieren. Das war ja auch seine Sache. Aber er spielte sich etwas zu deutlich als derjenige auf, der das Ganze hoch hielt, und erwiderte ein freundliches Wort mit Schimpfen. Darum vernied Lars Peter es, sich in diese Dinge hineinzumischen, und berührte sie gar nicht; er wollte Frieden im Hause haben.

Aber eines Tages kam es zum ersten Krach. Johannes hatte sich ein für allemal an dem großen Klaus versehen, und als Lars Peter einmal nicht zugegen war, zog er den Gaul

Wahl eines Kammerers.

Vom Ausschuss ist Dr. Karding-Flensburg vorgeschlagen; von den Kommunisten wird durch Dr. der Bankbeamte Emonts in Vorschlag gebracht.

Gewählt wird Dr. Karding mit 135 von 183 Stimmen; 20 entfallen auf Emonts, 11 auf Bürgermeister Scholz-Charlottenburg, 2 auf Sinesjem-Petersburg (Große Heiterkeit), je 1 auf Frau Lungwisch, Eichhorn, Leo und Erzberger, 11 Zettel sind weiß.

Über die Gemeindeeinkommensteuerordnung für 1921 berichtet Schallrich (Dnat.). Die Magistratsvorläge werden vom Ausschuss zur Annahme empfohlen.

Dr. Steiniger (Dnat.) lehnt die Vorlage wegen ihrer unsozialen Gestaltung ab.

Die Versammlung nimmt die Vorlage mit großer Mehrheit an. Ebenso gelangt ohne Erörterung die Ordnung für den Anschluss an die Kanalisation zur Annahme. — Die Wertzuwachssteuerordnung bleibt einstweilen ausgelegt.

Zur gemeinsamen Beratung werden nunmehr gestellt der Ausschussbericht über den Antrag der N. Soz. betreffs der produktiven Erwerbslosenfürsorge und über die früheren Anträge der Kommunisten wegen Gewährung von Unterstützungen an Erwerbslose sowie die neuerlichen Anträge Göbel vom 10. März betr. Zahlung von Beihilfen an Erwerbslose, Einrichtung von Speiseanstalten, Anerkennung des Moß für Obdachlose als Wohnung und Zahlung einer Beihilfe an Obdachlose. — Der Ausschuss hat die Beschlussfassung über die Anträge Göbel vertagt; entsprechend dem Antrag Wehl beantragt er die

Einsetzung eines ständigen Ausschusses

zur Prüfung der Anregungen für eine produktive und unterstützende Erwerbslosenfürsorge.

Ostrowski (Komm.): Bis zur Stunde ist seit einem Vierteljahr für die weitere Erleichterung des Loses der Erwerbslosen trotz aller unserer Bemühungen nichts geschehen. (Entrüstungskundgebungen auf der Tribüne, die sich anbauern während der Rede wiederholen.) Gestern Donnerstag haben die Arbeitslosen eine starke Demonstration vor dem Rathaus veranstaltet, ebenso haben sie sich heute, weil sie hier zu wenig Gehör finden, draußen versammelt. Ein Sanitäter, der für Ruhe und Ordnung sorgte, ist dabei von einem Sicherheitsmann verprügelt worden. (Sturm auf der Tribüne.) Redner zitiert die Zunahme der Zahl der Erwerbs- und Obdachlosen und erklärt die bisherige Leistung der Stadt für eine bloße Hummerunterstützung. — Vom Magistratsstisch fällt das Wort: „Schwindel!“ Der Vorsteher erteilt dem Rufer eine scharfe Rüge; von der Tribüne wird gerufen: Sattgekreterter Parteibonze!

Stadtrat Wehl: Wenn man hier trotz aller Mühe, die man sich gibt, so

als Schuttpußer behandelt wird,

ist es kein Wunder, wenn einem ein unparlamentarisches Wort entfällt. Der Magistrat hat alles getan, was in der Möglichkeit war, der Not der Arbeitslosen zu steuern. Bei der vorgenommenen Kontrolle hat sich ein großer Teil gar nicht ausweisen können. Auch die Kommunisten würden nichts anderes haben schaffen können, wenn sie in der Verwaltung säßen. (Ruf von der Tribüne: In der Quasibude nicht!) Die von Ostrowski angeführten Zahlen stimmen nicht. (Zuruf von der Tribüne: Wir werden euch im Arbeitslosen-Obdach unterquartieren!) — Vorsteher: Die Tribüne darf sich an den Verhandlungen nicht durch Bel- oder Mißhaltensäußerungen beteiligen. Der Rufer entgegnet: Das bestimmen wir! Stadtrat Wehl fährt fort: Der Magistrat wird auch weiter mit aller Kraft sich bemühen, der Not zu steuern; aber dazu ist notwendig, daß nicht bloß agitatorisch, sondern daß positiv gearbeitet wird.

Där (Komm.) beantragt, eine Deputation der Arbeits- und Obdachlosen zuzulassen und sie mit ihren Wünschen und Beschwerden anzuhören. (Stürmische Zustimmung auf der Tribüne.) Dieser Antrag führt abermals

zu stürmischen und tumultuarischen Szenen.

nachdem der Vorsteher unter Berufung auf frühere Vorgänge abgelehnt hat, den Antrag zur Abstimmung zu bringen. — Adolf Hoffmann (Komm.) regt an, die offizielle Sitzung zu unterbrechen

und als einfache Bürgerversammlung die Deputation zu empfangen. — Koch (Dnat.): Wir haben keine Veranlassung, die Verhandlung weiter hinauszuzögern. (Zurufe links: Heuchler! Heuchler! Heuchler! Der Jurist wird von der Tribüne aufgenommen.)

Der Vorsteher macht den Vermittlungsvorschlag, draußen im kleinen Sitzungszimmer durch eine aus allen Fraktionen zusammengeleitete Versammlungsvorstellung die Deputation zu empfangen und anzuhören.

Inmitten des andauernden Lärms, der die Versammlung während dieser Verhandlung durchtobt, sucht Stadtrat Brühl darzutun, daß es ein Verbrechen wäre, Versprechungen zu geben, die die Stadt nicht halten könne.

Dase (Dem.): Der Vorschlag des Vorstehers ist geschäftsordnungsmäßig unzulässig.

n. Cunnern (D. Sp.): Es wird Sache des Ständigen Ausschusses sein, sich direkte Informationen zu verschaffen.

Ad Hoffmann (Komm.): Es ist der Hunger, der die Woffen draußen dazu treibt. Wer nicht hören will, muß fühlen! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen auf der Tribüne; betäubender Lärm.)

Der Vorsteher macht jetzt den Vorschlag, den Ständigen Ausschuss schon heute zu wählen, zu konstituieren und die Wünsche der Arbeitslosen entgegenzunehmen zu lassen. (Zustimmung.)

In der Erörterung sprechen noch Rosemann u. Soz.) und Brodat (Soz.), der

schleunige und energische Hilfeleistung für die Erwerbslosen

für dringende geboten erklärt, wenn die Wogen der Erregung nicht über unsern Kopf hinweggeschlagen sollen. Mit dem Vorschlag Wehl ist er einverstanden, den Erwerbslosenfindern, die jetzt zur Konfirmation stehen, sollen aber auf Antrag sofort ohne Prüfung Einlegungsbescheid bewilligt werden.

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen. Das Schlußwort von Nawrocki (Komm.) gibt wiederum zu einer Reihe von tumultuösen Veranlassungen, da der Redner die Forderung auf sofortige Zahlung einer Beihilfe an die Arbeitslosen u. a. auch mit den beständigen Ausfällen auf die Mehrheit und auf die Sozialdemokraten begründet. Abermals bricht ein tosender Sturm aus, als Dr. Steiniger (Dnat.) beantragt, die Anträge vom 10. März einem Ausschuss zu überweisen. Hier wird schließlich der Ausweg gefunden, die Anträge dem für die Prüfung der Erwerbslosenfrage vorgeschlagenen Ständigen Ausschuss zu überweisen.

Dieser Ausschuss von 15 Mitgliedern wird darauf beschlossen und durch Zuruf gewählt. Er konstituiert sich im kleinen Sitzungszimmer und nimmt sofort seine Arbeit auf. — Die Zuhörerschaft auf der Tribüne beruhigt sich allmählich.

Wertzuwachssteuerordnung

berichtet hierauf Stadtrat Paul Hirsch (Soz.). Ein Antrag Koch, die Beratung bis nächsten Dienstag zu vertagen, findet keinen Anklang. In der Debatte versuchen die Vertreter der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen eine Ermäßigung der Sätze durchzubringen. — Jachow (N. Soz.) ist der Meinung, daß nur die Belebung der Bauwirtschaft uns aufhelfen könne, daß aber die Wertzuwachssteuer die Arbeitslosigkeit nur vergrößern werde.

Die Vorlage wird nach den Ausschussvorschlägen angenommen.

Die erst heute angekündigten Vorlagen über die Verstaatlichung der Feuerwehre, die Erweiterung des Friedrichsfelder Friedhofs und die Errichtung eines städtischen Anstaltswesens sollen nach dem Wunsche des Magistrats alsbald Ausschüssen überwiesen werden. Die beiden Parteien der Rechten widersprechen, nehmen aber schließlich bezüglich der Feuerwehre ihren Einspruch zurück.

Schluß nach 10 Uhr. Nächste Sitzung: Dienstag.

Eröffnung des neuen Provinziallandtages.

Der Brandenburgische Provinziallandtag, der auf Grund der allgemeinen und unmittelbaren Wahlen am 20. Februar neugebildet ist und gegenwärtig 92 Abgeordnete umfaßt, trat gestern mittig im Landeshaus zu seiner 51. Sitzung zusammen. Oberpräsident Dr. Müller eröffnete den Provinziallandtag mit einer Ansprache, in der er u. a. auf die veränderte staatsrechtliche Stellung der Provinzen hinwies. Als bedeutungsvolle Punkte stießen auf der Tagesordnung die Wahlen zum Staatsrat und die von der Staatsregierung unterbreitete Vorlage, die die tatsächliche Stellungnahme zu einem Gesetzentwurf über die in der preussischen Verfassung angeführte Erweiterung der Autonomie der Provinzen zum Gegenstand hat. Von den übrigen Vorlagen sind

„Du sollst ihn tüchtig verprügeln.“ sagte Christian ernst. „Ich sollte ihn lieber zur Tür hinausjagen.“ erwiderte der Vater finster. „Damit wäre uns allen am besten gedient.“

„Ja, meinst du was, Vater — kannst du raten, warum Johannes uns in diesem Sommer nicht besucht haben? Sie haben Angst davor, bei uns zu essen; sie sagen, wir machten Rohrmittel aus Vieh, das freipt ist.“

„Woher hast du das, Stine?“ Lars Peter sah sie zweifelt an.

„Die Kinder haben es mir heute nachgerufen. Sie fragten, ob wir nicht eine tote Kage zum Wurstmachen haben wollten.“

„Na, ich habe mir so etwas schon gedacht.“ Lars Peter lachte tonlos. „Na, wir können sie glücklicherweise entbehren, glücklicherweise, jawohl.“ — Zum Henker, hab ich mich etwa um ihren Verkehr bemüht?“ Er schrie es hinaus; der kleine Paul begann vor Schreck zu weinen.

„Na, na, ich hab dich doch nicht ängstigen wollen.“ Lars Peter nahm ihn auf den Arm. „Aber man muß ja aus der Haut fahren, wenn das so weiter geht!“

Ein paar Tage später, gegen Morgen, kam Johannes ganz mit Schmutz bedeckt und gar übel zugerichtet nach Hause. Lars Peter mußte ihn vom Wagen herunterheben, er konnte kaum auf den Beinen stehen. Aber sein Mundwerk konnte er gebrauchen, daß es eine Art hatte. Lars Peter schweig zu seinen Grobheiten und schleppte ihn auf ein Strohlager auf der Tenne; dort schlief er sofort ein. Wie ein geschlachtetes Vieh lag er da, leichenblau, die schwarze Locke vorn in der Stirn; das Haar klebte ihm an den Schläfen — garstig sah er aus. Die Kinder schlichen schauernd zur Tür der Tenne und spähten in das Halbdunkel hinein; wenn sie ihn erblickten, flohen sie in größter Eile aufs Feld. Es war unheimlich spannend.

Lars Peter ging und kam, schüttete Hafer aus und schüttel Häfel für die Pferde. Wenn er an dem Bruder vorbeikam, blieb er nachdenklich stehen. So mußte man also sein, um sich unter den Menschen behaupten zu können; platt und gesackt nach außen, kalt und herzlos nach innen. Den da sah niemand über die Achsel an — bloß weil er frech war. Die Frauen fanden ihn schön, sie machten sich feinerwegen gegen Abend auf der Landstraße zu tun, und die Männer — in sein Zehen und Rausen um die Mädchen überwältigte sie wohl.

(Fortf. folgt.)

H. B. J. Naturkunde. Sonntag, den 20. März: Rau-Heideberg-Einsam-
orf - Biologische Rückenschau. Abf. 8.11 vom Mägdenerplatz bis Rau-Heideberg.
Ziele: Feuerschneckenhaute. Commaboden, den 19. 7. Uhr, hinter der Gasse
Lage, Jahrbuch und Gefühlskennung. Vorher von 5 bis 7 Uhr Konferenz
Gewerkschaftsleitung.

Stürmische Kriegsschuldaussprache.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

In der politischen Reichstagsdebatte am Donnerstag sprach nach dem Gen. Bernstein Abg. Dr. Breitfeld (U. Soz.) über die Behandlung der Kriegsschuldfrage.

An der Herausgabe der diplomatischen Akten seit 1914 sind stinkende Ballen nicht beteiligt worden. (Zuruf rechts: Sie haben sich ja geäußert!) Wir haben an den Zusammenstellungen keinen Anteil. Wenn Sie (nach rechts) mit dem Argument operieren, Kautsky habe in seiner Broschüre „Der Krieg und die Weltwirtschaft“ die Kriegsschuld etwas zurückgenommen, so verweise ich auf seine danach erschienene, von Ihnen als unvollständig bezeichnete Broschüre „Wie der Weltkrieg entstand“, von der er kein Wort zurückgenommen hat. (Der Redner zitiert daraus.) Daß die Regierung Bethmann-Hollweg den Krieg bewußt herausgelassen hat, das behaupten Sie wollen, sind wir nicht imstande, das zu beweisen. Wir werfen der kaiserlichen Regierung vor, daß sie es nicht verstanden und beachtet hat, daß Österreich-Ungarn von seinem Verbrechen zurückzukehren, sondern ihm bei seinem Vorgehen den Rücken gestärkt hat. Die Schuld des kaiserlichen Deutschlands daheim schon von den ganzen Jahren unter der glorreichen Regierung Wilhelms II. (Munche rechts.) Wenn Kahr mindestens zum passiven Widerstand gegen das Reich auffordert, so sind wir in eine bedenkliche Krise mit unheilvollen Wirkungen auf die auswärtige Politik hineingeraten. Oder war das etwa Kahr's Schwanengesang? Diese Gelehrtschule wird von der Bankrotten Volkspartei unterstützt. (Unruhe rechts und in der Mitte.) Werden die Ententevertreter uns nicht entgegenhalten, daß wir ihnen ja tatsächlich keine Garantien geben können? Wenn Verhandlungsmöglichkeiten eröffnet werden sollen, so müßte das Reichsministerium

tatsächliches Maßnahmen gegen die bayerischen Reaktionskräfte ergreifen und sich stützen auf den einzigen zuverlässigen Bundesgenossen, auf die norddeutsche und bayerische Arbeiterklasse. Man muß doch aus den fruchtlosen Diskussionen herauskommen und brauchbare Vorschläge machen! Ob die Arbeiterklasse dann mit diesen Vorschlägen einverstanden sein wird, ist eine andere Frage. Aber es ist Pflicht der Reichsregierung, endlich eine positive Politik zu treiben, wie wir sie leider in den letzten zwei Jahren schmerzhaft vermisse haben. (Beifall rechts bei U. Soz.)

Abg. Schulz-Braunberg (Dnat.): Es ist merkwürdig, daß die Unabhängigen, die doch nur zerstören können, jetzt plötzlich ein Aufbauprogramm von uns verlangen. (Lachen links.) Der Angriff auf den bayerischen Ministerpräsidenten ist geeignet, unsere innerdeutschen Beziehungen zu zerstören. Die große Mehrheit dieses Hauses und der Länder ist der Auffassung, daß es niemals eine friedfertige Regierung gegeben hat, als die kaiserliche deutsche Regierung, die man geradezu als Muster aufstellen kann. (Bravo auf der Rechten, höhnisches Gelächter und Zurufe links.) Trotzdem der Kaiser versagt und der Militarismus abgeschworen wurde, sind die Lasten von Versailles nicht leichter geworden. (Der Redner sucht durch Zitate aus Akten und aus Äußerungen feindlicher Staatsmänner den

Beweis der Schuldlosigkeit Deutschlands zu erbringen und wird von der Linken fortwährend unterbrochen.) Der Untersuchungsausschuß hat festgestellt, daß wir vor dem Richterstuhl der Geschichte schuldlos dastehen. (Beifall rechts, Gelächter bei den sozialistischen Parteien.)

Abg. Dr. Richter (D. Sp.) — mit dem Zuruf: Vaterlandspartei! begrüßt: Ich war niemals Mitglied der Vaterlandspartei! Abg. Breitfeld hat kein Wort der Verurteilung des kühnen Friedensvertrages und der Sanktionen gefunden. Wir verlangen nicht nur Gerechtigkeit für die Gegner, sondern vor allem auch für unser deutsches Vaterland. Sie dürfen die Schuldfrage aber nicht in einer den Feinden höchst willkommenen Weise herausarbeiten, namentlich gerade in diesem kritischen Augenblicke nicht, in welchem sich die Gegner hätten werden, überläßt auch nur die geringste Schuld einzusehen. Auf der Internationalen Sozialistenkonferenz in Genf erklärte der englische Sozialistenführer Morrison, daß die deutsche Schuldfrage zwar ansehbar gewesen sei, daß aber für die englischen Sozialisten infolge des Schwelgens der deutschen Sozialisten kein Anlaß vorliege, ihr Mißfallen zum Ausdruck zu bringen. (Hört, hört! rechts.) — (Lärm bei den Soz.) Es ist eine Lüge, daß das deutsche Volk den Krieg gewollt hat. (Bernstein [Soz.]: Ich habe nicht vom deutschen Volk gesprochen, sondern von der kaiserlichen Regierung!) Werfen Sie sich doch einmal zum Vertreter des deutschen Volkes auf! (Bernstein: Das brauchen Sie mir nicht zu sagen!) (Der Redner bringt dann Beispiele über die Kriegsvorbereitungen der Gegner.) Wilhelm II. war es vor allem, der mehrfach sich bietende günstige Gelegenheiten zum Vorschlagen nicht benutzte, um der Welt den Frieden zu erhalten. (Lärm und Zurufe links.) — Sehr richtig! und Bravo! rechts.) Bethmann-Hollweg hat manchen Fehler gemacht, aber zum Kriege hat er nicht gedrängt. Ich erinnere da vor allem an sein bekanntes Schreiben an den deutschen Botschafter in Wien, worin er schreibt, daß Deutschland sich nicht wegen Serbien in einen Krieg hineindrängen lasse. Die Auffassung, daß Deutschland der schuldige Teil ist, hat Kautsky fortgesetzt. Er ist in seiner Schrift nicht Ankläger, sondern Verteidiger der deutschen Regierung der Entente gegenüber. (Lärm und Zurufe links und rechts.) Worauf es mir ankam, habe ich bewiesen: Kautsky hat seine Behauptungen von der Kriegsschuld der deutschen Regierung zurückgenommen. (Abg. Breitfeld: Weil er sie überschätzt hat! — Lärm.)

Abg. Dr. Petersen (Dem.): Ich stimme in vielen Punkten mit Breitfeld überein, andererseits ist es aber Pflicht jedes deutschen Abgeordneten, zu bekennen, daß von den Gegnern nichts zur Verhinderung des Weltkrieges getan wurde. Der Wunsch des jungen Deutschen Reiches nach Weltgeltung war nicht mehr schuld, als der Wunsch Englands, eine Seemachtstellung zu erlangen, als das Verlangen Frankreichs nach Revanche usw. So haben also auch

die anderen Staaten dieselbe moralische Schuld auf sich geladen. Ist der Führer einer Partei berechtigt, einer Regierung zu sagen: Stützen Sie sich auf die Arbeiterklasse, wenn derselbe Führer tatsächlich und parlamentarisch ablehnt, an dieser Regierung mitzuarbeiten. (Zurufe und Widerspruch.) Erst fangen Sie (zu den Unabhängigen) bei sich an, die Regierung zu unterstützen, die die Mehrheit des Volkes hinter sich hat, dann erst wird Ihre Kritik und Ihr Verlangen berechtigt sein! (Beifall bei den Demokraten.)

Abg. Stöcker (Komm.): Es kann einem schlecht werden, wenn man Sie (nach rechts) von Vaterland und Patriotismus reden hört. Alles Geschrei kann die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die deutsche Regierung uns in den Krieg geführt hat. (Zuruf rechts: Volkserreiter!) Die auswärtige Politik spiegelt die kapitalistische Klassenpolitik im Innern wider. Im auswärtigen Dienst sind von der Revolution nur 2 Sozialisten übrig geblieben, und nicht mal zwei: Landsberg in Brüssel und Müller in Bern. Selbst Hermann Müller hat als Reichskanzler nicht gewagt, Sozialisten in den auswärtigen Dienst zu berufen. Im Auswärtigen Amt

herrscht noch der alte reaktionäre Geist. Die pazifistische Bescheidenheit unserer auswärtigen Politik gleicht der des Fuchses, dem die Trauben zu hoch hängen. Erst zusammen mit dem Kapitalismus wird das arbeitende Volk aus dieser Auslandspolitik los werden. Wenn man jetzt beim Völkerverbund Protest einlegt gegen die Sanktionen, so heißt das doch, den

Teufel bei seiner Großmutter verklagen.

Die Regierung hat die größte Dummheit begangen, indem sie kein Wirtschaftsverhältnis zu Sowjet-Rußland hergestellt hat; die englische Bourgeoisie war da viel klüger. Für uns gibt es keine Frage des Wiederaufbaues, weder in Frankreich noch in Deutschland, denn das hiesige ja nur, den Kapitalismus wieder aufzubauen; für uns gibt es nur eine Frage des Sturzes des kapitalistischen Welt-Systems. Der rechtssozialistische Pazifismus ist ein Verrat an der Arbeiterschaft. Dem Proletariat bleibt als einzige Hoffnung Sowjet-Rußland und die kommunistische Internationale. Wir rufen die Arbeiterschaft gerade in diesen Wochen zum Sturm auf, um der kapitalistischen Diktatur die Diktatur des Proletariats entgegenzusetzen.

Abg. Jand (Dem.) stellt in einer an ihn ergangenen Antwort des Auswärtigen Amtes eine objektive Unwahrheit fest.

Abg. Müller-Franken (Soz.):

Die hohen Töne, die hier beim Etat des Heuheren und der Reichstagskammer gesprochen werden, sind durchaus zwecklos; hier im Hause hat dadurch niemand seine Überzeugung geändert und auf das Ausland hat dieses Pathos keinen Einfluß. Zur Schuldfrage nur zwei Tatsachen: die Vorph-Politik im Auswärtigen Amt und die Fortsetzung in Konstantinopel. Wilhelm II. hat es sehr gut verstanden, das Vertrauen des Auslandes zur deutschen Politik zu zerstören. Wir Sozialdemokraten haben uns immer für die Klärung der Kriegsschuldfrage eingesetzt und auch die Berücksichtigung des deutschen Materials durchgesetzt; auf der anderen Seite suchten wir auf die Sozialdemokraten der anderen Länder dahin einzuwirken, daß diese

die Deffnung der Archive

ihrer Länder durchsehen. Unsere Stellung zur Kriegsschuldfrage ist festgelegt durch unsere Genfer Erklärung. Uebrigens merkwürdig, daß bei derartigen Fällen immer der Schatten Bismarcks vor sich heraufbeschworen wird, der doch gerade die gegenteilige Politik verfolgte, als die der Kera Wilhelms II. Bismarck hat immer davor gewarnt, es zu einem Bruch mit England und mit Rußland kommen zu lassen. Im übrigen bin ich der Ansicht, daß das

Gerede über die Schuldfrage gar keinen Zweck

hat, daß wir zur ökonomischen Zusammenarbeit aller Länder kommen müssen und hierbei alles vermeiden müssen, was dies erschwert, also auch die Diskussion über die Schuldfrage. (Zustimmung b. d. Soz.)

Abg. Dittmann (U. Soz.): Diese Debatte ist zu ganz unrichtiger Zeit heraufbeschworen worden. Da sie nun einmal da ist, müssen wir Stellung nehmen. Gewiß, es gibt darüber genau solche Nationalisten, Chauvinisten und Imperialisten wie bei uns, aber unsere Aufgabe ist es, im eigenen Lande gegen diese Erscheinungen vorzugehen. Wenn die Sozialisten in einer gemeinsamen Front mit den Deutschnationalen gegen die Ententeänder und gegen ihren Imperialismus treten wollten, so würden wir dadurch nur die nationalsozialistischen Instinkte stärken. (Der Redner stellt die Kriegsschuld Wilhelms II. und seines Systems fest.) Zu der Zusammenstellung der Kriegsschulden haben wir kein Zutun. Wenn Kautsky sagt, er hätte der deutschen Regierung Unrecht getan, so meint er das ironisch.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Abg. Bernstein (Soz.) stellt persönlich fest, daß er dem deutschen Volke die moralische und staatsrechtliche Verantwortung für die Schuld der Regierung durchaus abgesprochen habe.

Abstimmungen.

Die Ausgaben für die Technische Rothke werden gegen die Einsätze bewilligt. Für das Deutsche Museum in München wird der Zuschuß von 400 000 auf 500 000 M. erhöht. Angenommen wird eine Entschließung auf Errichtung eines Denkmals für die im Auslande gefallenen Deutschen.

Beim Haushalt des Reichskanzlers tritt Abg. Dr. Deumermann (D. Sp.) für den Wiederaufbau der deutschen Auslandsschulen ein. Die ausländischen Studenten dürfen bei uns keine Vorrechte genießen, müssen aber sozial und gesellschaftlich als gleichberechtigt behandelt werden.

Angenommen wird eine Entschließung, der Reichszentrale für Heimatdienst einen parlamentarischen Beirat beizugeben. Die Haushaltspläne des Reichskanzlers und des Reichsministeriums des Auswärtigen werden angenommen.

Es folgt der Haushalt für das Reichsverkehrsministerium. (Besitz für 1920 16 Milliarden, für 1921 9 Milliarden.)

Reichsverkehrsminister Gröner:

Wir streben mit allen Mitteln nach Ausgabenbedeckung. Das Eisenbahnfinanzgesetz, durch das der Betrieb auf eine sparsame kaufmännische Grundlage gestellt werden soll, werde ich beibehalten. Die technische Wiederherstellung muß beschleunigt werden. Wir sehen von einer strengen Zentralisation ab und wollen weitgehende Selbstverwaltung. Für die

Wirtschaftsprovinzen

werden wir auch in der Eisenbahnverwaltung die erforderlichen Vorbereitungen treffen. Die Selbstständigkeit der Ämter und Direktoren soll erhöht werden. Die Aufrechterhaltung des Betriebes ist nur möglich auf der Grundlage der Autarkie und Ordnung. Dafür hat auch die Eisenbahnerchaft wieder Sinn bekommen, und ich bemühe mich durch persönliche Führung, das Vertrauen zur Verwaltung, das nach dem Kriege erschüttert war, wiederherzustellen. Die Arbeitslosigkeit ist im Wachsen. Für Wohnungsfürsorge und andere soziale Aufgaben geschieht möglichst viel. Die Uebernahme der Eisenbahn auf das Reich verbesserte die Zustände. Im Sommer werden wir versuchen, im Rahmen der Kohlenhohe die Personen- und Schnellzüge zu vermehren. Hinsichtlich der Besserung des Güterverkehrs können wir beruhigt sein. Wir erstreben eine einheitliche Beamtenschaft und den Aufstieg der Tüchtigen in alle noch so hohen Stellungen.

Abg. Brunner (Soz.):

Die Eisenbahnen müssen aus sich selbst heraus die Ausgaben bestreiten können. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß wir für 1920 16,4 Milliarden zuschießen mußten, um die Eisenbahnen überhaupt in Gang zu erhalten. Es gibt nur zwei Wege: Tarifserhöhungen und Sparsamkeit. Die wirtschaftlichen Bedenken, die gegen Tarifserhöhungen sprechen, muß man unter dem Zwange der Notwendigkeit zurückstellen, zumal die Tarifserhöhung nicht Schritt gehalten hat mit der Geldentwertung. Obwohl 65 Proz. Tarifserhöhung eine sehr starke Belastung darstellen, müssen wir sie in Kauf nehmen unter Vorbehalt des späteren Wiederabbaus. Beim Personal tariff müssen der arbeitenden Bevölkerung in großem Maße Erleich-

terungen zuteil werden und muß auf die wirtschaftlich Schwachen genügend Rücksicht genommen werden. Die Verhältnisse auf der Stadt- und Ringbahn in Berlin müssen sofort gebessert werden. Bei der Beförderung von Kindern, Schulausflügen, Ausflügen von Jugendorganisationen und dergleichen müssen ebenfalls Erleichterungen gewährt werden. In der Umgebung des dazu bereiten Ministers ist ein gut Teil des alten wirtsch.-bureaucratischen Geistes erhalten geblieben. In den schlechten Verhältnissen der Eisenbahnen hat nicht die Revolution, sondern der Krieg schuld. Der Vorwurf, daß die Gewerkschaften mit daran schuld seien, ist ganz lächerlich. Die Gewerkschaften haben immer auf eine wirtschaftliche Gestaltung des Eisenbahnbetriebes hingearbeitet und alles, was sie tun konnten, getan, um Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit zu heben. Der Eisenbahnbetrieb muß endlich auch bei der Eisenbahn geregelt werden. In dem Material ist noch viel zu sparen. Man hat im vorigen Jahre, als die Preise am höchsten waren, Unsummen von Material und Werkzeugen angekauft; ich habe dabei Werkzeuge gesehen, die man niemals wird gebrauchen können. (Hört, hört! links.) Eine weitere Entlassung von Arbeitern darf bei der herrschenden Arbeitslosigkeit nicht erfolgen. Auch an den Löhnen darf nicht gespart werden; wenn die Brotpreise die geplante Erhöhung erfahrungsgemäß, würde man sogar mit einer weiteren Heraushebung der Löhne und Gehälter rechnen müssen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Verkehrsminister Gröner: An der Fertigstellung des Etats wurde mit größter Beschleunigung gearbeitet. Der Etat wird erheblich durchsichtiger gestaltet werden. In der

Frage des Streikrechts

hat die Regierung einen ganz festen Standpunkt eingenommen: Ich habe nicht den geringsten Einfluß, von diesem Standpunkt etwas abzuweichen, und habe meine Arbeiter und Beamten in diesem Sinne informiert. Zur Hebung des Ueberseeverkehrs werden wir alles Mögliche tun. Auch wir sind der Ansicht, daß es nicht auf die Menge der Arbeiter, sondern auf die Qualität der Arbeit ankommt.

Auf eine Anfrage erklärt der Minister noch: In Polen werden 82 000 Waggons zurückgehalten. Wir sind durch die Entente genötigt, für die Kohlenendungen nach Polen Waggons zu stellen, auch wenn die dort befindlichen Waggons nicht zur rechten Zeit zurückkehren.

Abg. Hülsen (Komm.): Der Achtstundentag soll mit Gewalt befestigt werden. Über die Eisenbahnen werden sich ihrer Haut zu wehren wissen.

Abg. Dr. Quessel (Soz.): Hülsen hat den Etat offenbar nicht gelesen, wenn er behauptet, daß für die Tuberkulosebekämpfung keine Mittel eingelegt sind. Wir sind im Hauptauschuß — einzigen seiner Behauptung — wohl dafür eingetreten, Mittel zu bewilligen, aber wir wollten von der Regierung erst Unterlagen haben, wieviel erforderlich ist. Wenn der Nachtragsetat kommt und die Unterlagen vorliegen, werden wir dafür sorgen, daß die Mittel erhöht werden.

Abg. Degler (Dnat. Sp.) befindet als Berichterstatter die Angaben Quessels. — Abg. Hülsen (Komm.) hält seine Angriffe aufrecht und bezeichnet Quessels Darstellung als Verdrehung der Tatsachen.

Abg. Dr. Quessel (Soz.): Wir haben zu einer bürgerlichen Regierung nicht so viel Vertrauen, um ihr Summen zu bewilligen, ohne für ihre Verwendung genaue Unterlagen zu fordern.

Abg. Bedmann (U. Soz.) befürwortet Einstellung von 20 Millionen zur Bekämpfung der Tuberkulose unter den Eisenbahnern.

Der Aufschubantrag auf baldige Erhöhung der für Tuberkulosefürsorge aufgewendeten Gelder wird angenommen. — Der Antrag Breunig (U. Soz.), 20 Millionen statt 15 Millionen für den bahnrätlichen Dienst zu bewilligen, wird gegen alle Sozialisten abgelehnt.

Der Haushalt des Reichsverkehrsministeriums wird angenommen. Es folgt der Etat des Reichspostministeriums.

Abg. Laubadel (Soz.): Auch hier können und müssen Ersparnisse gemacht werden. Ein so wirtschaftlicher Reichsbetrieb darf nicht dauernd Zuschüsse erfordern. Die Unterbilanz wäre um 1 1/2 Milliarden Mark geringer, wenn die große Zahl der überschüssigen Hilfskräfte anderswo untergebracht werden könnte.

Um 9 Uhr abends verlassen die Pressevertreter nach effizienter Sitzung auf Beschluß der journalistischen Gewerkschaft den Saal.

Freitag 11 Uhr: Weiterberatung, 2. Besung des Haushalts von 1921.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Elegante Schuhe

müssen Continental-Gummiabsätze haben. Sie ermöglichen geräuschlosen, glänzenden Gang, ersparen Kraft und schonen Nerven wie Körper. Jeder Schuhmacher führt

Continental

Absätze

So gut wie Continental-Reifen.

Dujardin

der berühmte
Weinbrand.

DUJARDIN & Co. G.m.b.H. ÜRDINGEN a. Rh.
LAROCHELLE (COGNAC-CHARENTE-MARNE)

General-Vertreter für Groß-Berlin und Brandenburg:
Ernst Moritz, Charlottenburg, Kaiserdamm 114
Telephon: Amt Wilhelm Nr. 4946 und 4947.

Wenn der Junge zu Ostern in die Lehre kommt . . .

braucht er Kleidung!

Kohnen & Jöring

BERLIN
Alexandersir. 12

Filialen: Rostenthaler Str. 53
Landsberger Allee 148
Neukölln, Bergstr. 61

Arbeiter-Berufskleidung

Auch finden Sie bei uns stets sehr preiswert:
Herren-, Burschen-, Knaben-Anzüge, Joppen u. Hosen

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Verkäufer! Stropfenzhändler
glänzendes Sachverh., min-
destens 150 Mark täglich.
Ritz, Wallgasse 100, 842

Bergasse Palino u. Benitz
sowie Bogenseife läuft. Ein-
zahlung 5. u. 10. Schilling
Berlin. 85/15

Ausbehalterin, geübte,
domest. Themat, Stralauer-
Bische 29. 82.8

Suchte per sofort einen mgl.
verheirateten 1.87

Autogen-Schweißer
verfügt selbständig arbeiten
und alle notwendigen Repa-
raturmaßnahmen ausführen
kann. Gute Wohnung verhan-
den. Eintritt in Wohnanlage an
Maschinenfabrik Fritz & Co.
Griffburg Wpr.

rauche!
eige, tüchtige
erinnen
ristin
rapide und Schreibmaschine
der eingebracht
" Linkstr. 11.
von 11-1 Uhr 81/18

Die Landtagswahlen in Mecklenburg.

Schwerin, 17. März. (Eigener Drahtbericht des „Bismarck“.) Nach den bisherigen Feststellungen stellt sich das Gesamtergebnis der Landtagswahlen vom 13. März wie folgt: Es wurden an Stimmen abgegeben für

Sozialdemokraten	130 291	(26 Mandate)
Unabhängige	2 438	0
Kommunisten	14 509	3
Demokraten	13 030	3
Deutschnationale	68 768	14
Deutsche Volkspartei	54 753	11
Dorfbund	18 343	4
Wirtschaftspartei	10 294	2

Zwei kleine Parteien stehen noch aus; ihre Ergebnisse werden an der Gesamtliste nichts ändern. Um diese Zahlen richtig einschätzen zu können, muß man sie vergleichen sowohl mit den Ergebnissen der Reichstagswahl vom 6. Juni als auch mit der Landtagswahl vom 20. Juni 1920. Es wurden damals gezählt:

Sozialdemokraten	6. Juni	20. Juni
Unabhängige	119 872	128 479
Kommunisten	35 894	24 576
Demokraten	2 668	1 178
Deutschnationale	28 290	22 203
Deutsche Volkspartei	74 051	71 341
Dorfbund	51 563	48 717
Wirtschaftspartei	27 847	24 188

Die Ziffernreihen zeigen also, daß die Sozialdemokratie, die bisher schon auch in Mecklenburg die weitaus größte Partei war, wiederum an Stimmen zugenommen hat. Außer ihr kann nur die Deutsche Volkspartei gegenüber der Reichstagswahl einen kleinen Zuwachs buchen, der auf Kosten der Deutschnationalen und der Demokraten gewonnen wurde. Bedenkt man, daß die Deutschnationalen unter der früheren Firma als Konföderation vor dem Kriege in Mecklenburg so gut wie allein herrschend waren, so wird man erkennen, wie gering ihre Bedeutung in Wirklichkeit ist. In die Augen fallend ist jedoch der Stimmenverlust, den die Demokraten vor Wahl zu Wahl zu verzeichnen haben. Von ihnen haben sich zweifellos die Sonderbünde abgelöst, die bei der Reichstagswahl noch als Deutscher Wirtschaftsbund mit einer einheitlichen Liste auftraten und jetzt sich wieder in zwei Parteien, den Dorfbund und die Wirtschaftspartei, gespalten haben.

Daß die Unabhängigen so gut wie ausgelöscht sind, ist schon früher hervorgehoben worden. Bei den Reichstagswahlen hatten sie noch eine ansehnliche Stimmenzahl erreicht, aber schon 14 Tage später, bei der Landtagswahl am 20. Juni v. J., waren sie um ein Bedeutendes zusammengedrückt, nachdem die Wähler entdeckt hatten, daß die Unabhängigen auch innerhalb der Republik nicht gewillt waren, die Regierungsgeschäfte mit zu übernehmen und so die Interessen ihrer Auftraggeber wahrzunehmen. Daß die Spaltung dieser Partei einen weiteren Rückgang mit sich bringen mußte, war vorauszusehen. Aber daß die früher unter einer Firma stehenden Kommunisten und Unabhängigen zusammen jetzt noch nicht einmal die Hälfte ihrer Stimmen von der Reichstagswahl aufgebracht haben, ist doch eine Tatsache, die nicht allein aus der Spaltung zu erklären ist.

Der Landtag wird ungefähr dasselbe Bild in seiner Zusammensetzung zeigen wie der alte, der aufgelöst werden mußte, weil sich keine feste Regierungsmehrheit herausbilden konnte. Eine sozialdemokratisch-demokratische Regierung würde nur möglich sein mit Hilfe der wohlwollenden Neutralität der Kommunisten. Da aber auf diese nicht zu rechnen ist, so werden andere Wege gesucht werden müssen, um eine tragfähige Regierungsmehrheit zu bilden. Ob dabei die Abgeordneten des Dorfbundes oder der Wirtschaftspartei mit in Frage kommen können, muß einstweilen abgewartet werden.

Tschechen gegen Bayern?

Die deutsche Arbeiterpresse in der Tschechoslowakei bringt ernste Nachrichten über Vorbereitungen zu einem militärischen Einmarsch in Bayern bei weiterem Widerstand der Räte gegen die Drgelch-Entwaffnung.

Es müßte, solange uns nicht Tatsachen eines schlechteren belehren, nicht annehmen, daß die Bayerische Regierung sich zu solchen Diensten für die Entente hergeben wird; sie hat zwar der Entente ihre Herrlichkeit zu verdanken, aber sie hat soeben erst erfahren, daß sie ihr Getreide in London nicht viel billiger erhält, als irgendein notleidender, aber nicht alliierter Staat.

So scharf die gesamte deutsche Arbeiterklasse den kaiserlichen Reichsverrat verdammt, so mag man sich doch in Prag nicht darüber täuschen, daß ein tschechoslowakischer Einmarsch, auch in Bayern, auf lange hinaus alle Anlässe zu einem freundlichen Verhältnis zwischen Reichsdeutschen und Tschechen bis auf die zartesten Wurzeln vergiften würde.

Der Anschluss unaufhaltbar.

Abg. Genosse Kemez sagte im Prager Parlament: Möge sich niemand täuschen; heute oder morgen wird sich Deutschösterreich mit Deutschland vereinigen, und wenn wir von allen drei Seiten von Deutschland umgeben sein werden und eine Politik gegen Deutschland machen, dann weiß ich nicht, wie wir dabei fahren werden. Die deutschen Kollegen haben hier oft über die Bedrückung geklagt. Ich bin dafür, daß die Sprachenfrage der Nationalitäten bei und gelöst wird, weil es sonst nicht zur wirtschaftlichen Einigung der Republik kommen kann. Das würde der Staat auf die Dauer nicht aushalten.

Ein Rückzug Kahrs?

München, 17. März. (ZL.) In der gestrigen Landtags-Sitzung sprach Ministerpräsident Dr. v. Kahr über die Einwohnerverschutz und erklärte, daß die bayerische Regierung sich für verpflichtet halte, alle Möglichkeiten zu erschöpfen, um die bayerische Einwohnerverschutz zu erhalten. Von einer Revolte gegen die Reichsregierung sei niemals die Rede gewesen, ebensowenig davon, daß die Selbstbehaltung der Einwohnerverschutz und das Festhalten am Reich miteinander unvereinbar sei. Die bayerische Regierung sei im Gegenteil der Meinung, daß ihr Kampf für die Einwohnerverschutz ein Kampf nicht gegen, sondern für die Einheit des Reiches sei. Ueber die Klagen gegen die Polizeidirektion München erklärte der Ministerpräsident, daß die Polizei selbstverständlich jeden Anzeichen einer politischen Zweckverstellung vermeiden müsse, daß aber natürlich alle notwendigen Maßnahmen gegen staatsgefährliche Umtriebe und zum Schutze der Staatsordnung nicht als unzulässige politische Maßnahmen zu betrachten seien. (Auslegungsfähig. Die Red.) Der Ministerpräsident erklärte weiter, daß er, über den Parteien stehend, auch in Zukunft bestrebt sein werde, nur der Sache zu dienen, um eine Staatspolitik der mittleren Linie zu treiben.

„Ordnungsblock“ gegen Reichsregierung.

Der bayerische „Ordnungsblock“ hat den mit ihm gemeinsam arbeitenden Vaterländischen Verbänden ein Schreiben zugesandt,

in dem es u. a. heißt: Die Reichsregierung fordert die Auflösung der bayerischen Selbstorganisation. Wir Bayern fordern aber eine Reichsregierung, die uns und unsere Bedürfnisse ebenso gut versteht, wie unsere eigene Landesregierung. Eine Schmach ist es, wenn nun die Reichsregierung dem Feinde Zugeständnisse macht, für die keinerlei Verpflichtungen mehr bestehen. Wir billigen die im Reichsrat abgegebene mangelhafte Erklärung unserer bayerischen Regierung und wir fordern, daß auch die Reichsregierung aus Männern zusammengesetzt ist, die ein deutschfühndendes Herz im Leibe und einen Begriff von Würde haben.

Deutschnationale Praxis.

Bei den wüsten Ausbreitungen antisemitischer Demonstrationen in Wien am letzten Sonntag — sie zerrten auch den antisemitischen Führer, Abg. Pfarrer Seipel, den wegen krummer Nase und goldener Brille als „Sausub“ aus der Straßendunst — ist auch dem reichsdeutschen Leutnant Paul eine gelbbedruckte Antisemitische mit deutschem Reichswappen, enthaltend Bapire der parlamentarischen Abstimmungskommission für Oberschlesien und den Paß des Leutnants, abhanden gekommen.

Eine Pogrom-Internationale?

Für den Herbst dieses Jahres ist ein antisemitischer Weltkongress vorgesehen, der natürlich in Budapest abgehalten werden soll. Die Idee geht von den Führern der „Erwachenden Ungarn“ aus. Inner anderem will man dort beschließen, das Judentum als Nation anzuerkennen und demgemäß von den einzelnen Regierungen verlangen, daß die Juden als Ausländer behandelt werden. An den Hochschulen sollen nur eine beschränkte Zahl von jüdischen Hörern aufgenommen werden, wie in Japan, Rußland und Ostbayern. Einem solchen internationalen Kongress dürfte ein durchschlagender Erfolg nicht fern sein.

Danziger Bowle.

Am Danziger Volkstag kam es bei der Verhandlung der Gerichtsverfassung zwischen einem Deutschnationalen und einem Unabhängigen zu einem scharfen Zusammenstoß, wobei schließlich der Unabhängige Fischer dem Deutschnationalen Dohler einen heftigen Schlag ins Gesicht versetzte, so daß der Geschlagene hart blutete und sein Antlitz zertrümmert wurde. Der Verletzte erlitt einen Verbund und mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Der Präsident hat sich genötigt, auf eine halbe Stunde zu vertagen. Nach Wiedereröffnung der Sitzung kam es abermals zu heftigen Zusammenstößen, so daß eine abgeleitete Vertagung eintrat. Dann gaben die Unabhängigen eine bedauernde Erklärung ab, in der sie die Haltung ihres Fraktionsgenossen als „angeblich in der Abwehr der Verleumdung“ billigten. Die Bürgerlichen antworteten mit lautem Pfat.

Unabhängige Entstellungen.

Genosse Hermann Müller-Franken schreibt uns: In dem Bericht über die Reichstagswahl vom 16. März behauptet die „Freiheit“, daß ich den unabhängigen Antrag auf Schaffung eines Reichssozialgesundheitsministeriums als „reinen Quatsch“ bezeichnet hätte. Das ist falsch. Als der Abg. Kumeri zu unserer Fraktion herübertrat: „Ihr müßt doch aufpassen!“, antwortete ich ihm: „Reben Sie keinen Quatsch, wir wissen selbst, was wir zu tun haben.“

Zur Sache selbst bemerke ich das Folgende: Die Schaffung eines Reichssozialgesundheitsministeriums ist zwecklos, solange die Exekutive auch in diesen Fragen bei den Vätern liegt. Wenn jedoch einmal die Exekutive beim Reich liegen wird, so würde ein aus ärztlichen Kreisen entnommener ständiger Ministerialdirektor genügen. Wer glaubt, die Volksgesundheit dadurch heben zu können, daß er die Ministerien, deren Kompetenzen sich jetzt bereits mehr als zuviel durchkreuzen, noch um eins vermehrt, huldigt einem Aberglauben.

Der Tariskampf der Techniker.

Die organisierten Techniker der Groß-Berliner Metallindustrie tagten am Donnerstag in einer überfüllten Versammlung in den „Prachtställen Alt-Berlin“, Blumenstraße. Alle Redner gestanden die in den bisherigen Tarifverhandlungen zutage getretene Arroganz des Unternehmertums sowie die Evidenz der Harmonisierungsverträge. Folgende Resolution wurde mit allen gegen zwei Stimmen angenommen: „Die Mitglieder des Bundes der technischen Angestellten und Beamten“ aus der Berliner Metallindustrie bringen im Hinblick auf die kommenden Verhandlungen zum Ausdruck, daß sie die vom Ifo-Bund aufgestellten Forderungen zum Schutze unserer „Jugendlichen“ und der übrigen von den Zuschlägen aus dem Schiedsspruch vom 21. Dezember 1920 ungerichtet ausgeführten Kollegen mit aller Entschiedenheit vertreten werden. — Ueber die in dem geheimen Rundschreiben des I.B.M.A. empfohlene Methode, den einen Teil der Angestellten mit Geld zu locken, dem anderen Teil in geheimer Weise mit der Fessels zu drohen, geht die Bundesmitgliederschaft verächtlichst hinweg. — Die Bund-Mitglieder verpflichten sich jedoch, mit aller Kraft für die Herstellung der Einheitlichkeit der Angestellten im „Ifo-Bund“ zu sorgen.“

Die Pariser Beschlüsse erledigt!

Paris, 17. März. (WZ.) In einer Rede, die dem (weiter unten gemeldeten) Vertrauensvotum vorausging, sagte Briand in der Kammer u. a.: Die Wahrheit sei, daß

das Pariser Abkommen nicht mehr existiere.

denn wenn es bestünde, müßte es alle Unterschriften haben. Man sei also zum Friedensvertrag zurückgekehrt. (Beih. Beifall.) Die Reparationskommission arbeite an der Festlegung der deutschen Schuld. Sie könne jetzt zu einem Ziel kommen, weil die Einigung unter den Alliierten vorhanden sei. Er habe also recht gehabt, den Friedensvertrag von Versailles mit einem fortgesetzten Werden zu vergleichen. Weil er eben die Fehler des Vertrages erkannt habe, sei es offenbar geworden, daß Frankreich nur seine Rechte erlangen könne, wenn er es den Alliierten sage, wie er es tatsächlich getan habe. Die Geste, die wir unternahmen, war eine ernste. Aber wenn Großmächte wie Frankreich, England, Italien, Belgien und Japan ihre Fahnen vereinigen, um eine Zwangsmassnahme im Dienste des Rechtes auszuführen, dann muß diese Geste Früchte tragen. Man muß aber auch die Schwierigkeiten bedenken. Es gebe solcher militärischer Art. Er begreife die Beunruhigung des Abgeordneten Befors. Auf der Pariser Konferenz habe er die Frage der nationalen Sicherheit Frankreichs zur Sprache gebracht. Die Aufgabe der Ueberwachungskommission sei schwierig. Es bleibe noch vieles zu tun übrig. Er habe in dieser Frage

den Militärs das Wort erteilt.

Die, die Deutschland kennen, hätten ein Programm vorgelegt. Seine Aufgabe sei es gewesen, dafür zu sorgen, daß die Alliierten es annehmen. Das hätten sie getan. Wenn noch Material vorhanden sei, das Deutschland die rasche Zabritation von Kriegsmaterial gestatte, dann müßten Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden. Frankreich habe das Recht, auf diesem Gebiete laut zu

sprechen. Der Ministerpräsident setzte alsdann auseinander, daß er Vertrauen und Mitarbeit der Kammer verlange, nicht etwa um ihr die Verantwortlichkeit zu übertragen, die auf die Regierung falle, sondern um ihre Autorität bei den

bevorstehenden neuen Verhandlungen

zu stärken.

Paris, 17. März. (WZ.) Die Kammer sprach der Regierung mit 491 gegen 70 Stimmen das Vertrauen aus. Briand hatte am Schluß seiner Mittwochsrede noch betont, daß Frankreich Deutschland gegenüber kein Haß- und Rachegefühl hege. Wenn wir Operationen unternahmen zur Sicherstellung unserer Rechte, so verrichten wir keine Kriegsoperationen. Man verfolge den Geist des deutschen Volkes zu verpflanzen, aber wenn das deutsche Volk das richtige Gefühl für seine Interessen habe, werde es erkennen, welches die Männer sind, die um sich ihre übertriebenen Gewinne und Doldenden zu erhalten, nicht wünschen, daß Deutschland seine Schulden bezahle. An dem Tage, an dem das deutsche Volk dieses begriffen hat, ist eine Annäherung und ein neuer Gedankenwechsel möglich.

Der Pariser Prozeß gegen die Kommunisten ist am Donnerstag nachmittag zu Ende gegangen. Sämtliche zehn Angeklagten sind freigesprochen worden.

Wirkung der Sanktionen.

Mülhausen i. EL. 17. März. (ZL.) Im ganzen Lande fanden am Dienstagabend große Massenversammlungen statt, die von belien sozialistischen Richtungen anberufen waren. Die Zahl der in Mülhausen erschienenen Arbeiter wird auf über 25 000 geschätzt. Die Redner verurteilten mit den schärfsten Worten die neue Besetzung deutschen Gebietes und forderten sofortige Aufhebung. In den Garnisonen stand das Militär marschbereit. Zum Schluß wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, welche die Entlassung einer internationalen Friedenskommission zum Zwecke der Revision des Versailler Vertrages unter Mitwirkung der internationalen Arbeiterkass und die sofortige Aufhebung der militärischen Sanktionen im Ruhrgebiet forderte.

Casablanca, 17. März. (WZ.) Das 68. marokkanische Schützenregiment, das im Rheinland Garnison beziehen soll, wurde heute nach Marseille eingeschifft.

Brüssel, 17. März. (ZL.) Die Regierung hat eine Erhöhung der Einfuhrzölle beantragt und mit Berufung auf die Finanzlage die Vorlage über die flämische (!) Universität zurückgezogen.

Deutscher Gegenboikott?

Präsident und Gesamtverband des Zentralverbandes des deutschen Großhandels haben in einer aus allen Teilen des Reiches stark besuchten Zentralvorstandssitzung beschlossen, den deutschen Großhandel aufzufordern, dahin zu wirken, daß es als eine selbstverständliche patriotische Ehrenpflicht jeden deutschen Kaufmann angesehen werde, von dem Bezug aller für den deutschen Markt erforderlichen Waren aus denjenigen feindlichen Ländern, die sich den Zwangsmassnahmen anschließen, abzusehen. Unpolitisch — aber begrifflich!

Der Tod Helmhakes.

(Schluß aus der Ueberausgabe.)

Zeuge Krummrich: Er sei vom Angeklagten geschlagen worden. Er erwähnte dann noch den Fall Müller, dessen wegen der Angeklagte vom Kriegsgericht verurteilt worden ist, ferner den Fall Büchel und erklärte, selbst gesehen zu haben, daß Oberleutnant Müller mit dem Gewehr auf Büchel geschlagen habe, so daß der Kopf abgebrochen sei.

Kaufmann Fritz Franke, ehemaliger Unteroffizier, bestritt, daß Helmhake während seiner letzten Strafverbüßung von dem Angeklagten geschlagen worden sei. Nichts sei, daß, als Helmhake zum Urteile abgeführt wurde, der Angeklagte gesagt hat: „Das Schwein bekommt nur Wasser und Brot!“ — Vorl.: „Hatten Sie den Eindruck, daß Helmhake recht krank war?“ Zeuge: Ja.

Zeuge Paul Barnia, ehemaliger Unteroffizier, weiß, daß unflätige Ausdrücke gesagt worden; er weiß auch, daß ein Befehl, dem Helmhake

nichts zu essen und zu trinken

zu geben, befohlen hat. Der Zeuge hat gesehen, wie der Angeklagte eines Tages, als Helmhake aus dem Unterstand herausgeführt wurde, diesen ansprach. Als Helmhake dabei nicht die Hand an der Hosennaht hielt oder halten konnte, hat ihm der Angeklagte einen Stoß mit dem Fuß gegeben.

Es kommt der Fall des Zeugen Albert Schneider zur Sprache. Dieser Fall ist vom Kriegsgericht auf Grund der Annahme niedergeschlagen worden. Der Zeuge bekundet, daß er in Gollitz zweimal vom Angeklagten geschlagen worden sei, einmal mit der Reitgerte und einmal mit einem Spaten. Im letzten Falle sei der Angeklagte anscheinend betrunken gewesen. Der Angeklagte bestritt diesen ganzen Vorfall.

Nachdem noch etwa 6 Beunruhigten, ehemalige Kameraden und auch Untergebene des Angeklagten, vernommen worden waren, die übereinstimmend ihn als einen sehr strengen aber gerechten Disziplinär schildern, der sehr für seine Leute gesorgt habe, beendete Zeuge Schloffer Siegmann, daß er vom Angeklagten einmal vor die Brust gestochen worden sei. Hilfer sei nicht bloß im Felde, sondern auch in der Garnison so brutal gewesen; er habe die Leute

nicht wie Menschen, sondern wie Tiere behandelt,

mit Ausdrücken wie „Gef, trummes Zeug, sauler Kerl und dergleichen um sich geworfen. Der Aussage des Grafen v. d. Schulenburg müßte er widersprechen. Es sei ganz ausgeschlossen, daß Hilfer ein vortrefflicher Offizier gewesen sei; das treffe vielleicht vom militärischen Standpunkte zu, aber nicht vom menschlichen. Die Leute seien geradezu instrumental worden, wie sie sich bei einem Besuch des Grafen v. d. Schulenburg zu verhalten hätten. Wenn der Graf bei solcher Gelegenheit fragte: „Wie geht's Euch, Jungens?“, mühte prompt die Antwort erfolgte: „Gut!“

Schloffer Giehnert: Der Angeklagte habe ihn bei einer unwesentlichen Gelegenheit geschlagen: „Schämen Sie sich, Sie Hamme!“ Zeuge habe darauf gesagt, er sei kein Hamme, sondern Kervois, sei darauf aber mit weiteren Schimpfwörtern bedacht worden.

Gärtner Bracke sagt u. a. aus: Er habe, als Helmhake an den Baum gebunden war, bei diesem Posten gestanden. Hilfer habe gesagt: „Sobald das Schwein sich losreißt, bindet ihn wieder fest!“

Es folgen die Aussagen mehrerer Beunruhigten, die sich beim Staatsanwalt gemeldet haben und von auswärts herbeigekommen sind. Sie bestätigen im allgemeinen die Aussagen anderer Beunruhigten über die Behandlungsweise des Angeklagten gegenüber seinen Leuten und über gelegentliche Schläge, die er ausstellte.

Schloffer Giehnert Dr. Müller hat sich darüber zu äußern, ob der Tod Helmhakes durch die Behandlung, die ihm von Hilfer widerfahren ist, erfolgte. Er äußert sich dahin, daß es sich nur um die Ohrfeige, den Fußtritt und die Nahrungsentziehung handele. Es ist anzunehmen, daß der Tod infolge der Seuche erfolgte, an der so viele Leute litten. Was für eine Krankheit das war, ließ sich nicht feststellen.

Kreisarzt Dr. Rowack hat als Todesursache künftigen Dünndarmkatarrh festgestellt. Die Ohrfeige und der Tritt in den Rücken hätten auf den Tod keinen Einfluß. — Generaloberarzt Dr. Wagner schließt sich diesem Gutachten an. Damit schließt die Beweisaufnahme. Nächste Sitzung Freitag früh 10 Uhr.

Ein freigewerkschaftliches Jugendkartell.

Es ist zu hoffen, daß das Jugendblatt als ein Teil der Berliner Gewerkschaftsbewegung ein wichtiger Faktor in den Kämpfen für die Befreiung der Jugend werden wird.

Seit April 1920, also seit 11 Monaten, stehen die Arbeiter abiger Berufsgruppe in Lohnverhandlungen. Die Verdienste betrugen 4—5 Mk. für die bestqualifizierten Schürmeiſter ohne jede Feuerungszulage. Die Arbeitergeſinde ſind in der Berliner Schmiedezunftorganisation organiſiert. Der Vorſitzende dieſer Schmiede iſt der Schürmeiſter Wanka, ein Reſtlohnär erſten Ranges. Seit April 1920 hat er jede Verſtändigung mit den Schmieden unmöglich gemacht. Am 23. April 1920 ſollte der Schlichtungsausschuß einen Spruch, der die Löhne von 4 bis 5,50 Mk. und den Urlaub, der im Schichtſtelle 7 Tage betrug, feſtſetzte. Die Innung lehnte dieſen Spruch ab, zahlte wohl die Löhne, aber der Urlaub war zu hoch. Am 27. Juli 1920 wurde der Spruch für verbindlich erklärt. Am 30. Juli ſprach der Schlichtungsausschuß den Schmieden eine Feuerungszulage von 90 Pf. pro Stunde, geſtoſſelt in 3 mal 30 Pf., zu. Die Innung lehnte wiederum ab. Am 13. Juli kündigte die Innung dieſe mit vieler Mühe zuſandegekommenen Vereinbarungen und Sprüche. Die Schmiede, vertreten durch den Deutſchen Metallarbeiterverband, wandten ſich an das Reichsarbeitsminiſterium mit dem Eriſuchen, einen Tacis mit beiden Kontrahenten zu vereinbaren.

Dieser Kampf ist einer der schwersten Kämpfe, die die Berliner Schmiede zu führen haben. Kommen doch annähernd 500 Kleinbetriebe in Frage. Der Kampf wird geführt um die Anerkennung der Organisation und um den Abschluß eines Tarifvertrages. Wir bitten die Käufer und Kunden der Groß-Berliner Schmiedemeister, die Schmiede in diesem Kampfe kräftig zu unterstützen und von den Schmiedemeistern zu verlangen, auf ihre Vorstehenden einzuwirken. Laßt Solidarität, denn der Kampf um die Anerkennung der Organisation ist euer Kampf und muß mit Erfolg durchgeführt werden.

Seit dem 15. März befinden sich, wie bereits gemeldet, die Möbeltransportarbeiter im Streik. Während der letzten Jahre sind wohl wenig Arbeitergruppen so niedrig entlohnt worden wie die Möbeltransportarbeiter. Wenn auch die Löhne seit Ende August 1920 225 M. pro Woche resp. 42 M. pro Tag betragen, so muß doch ausgegeben werden, daß auch dieser Lohn zur Bestreitung aller Lebensbedürfnisse bei weitem nicht ausreicht. Die sogenannten Rettergelder (Zinsgelder), die die Herren Arbeitgeber je nachdem als einen Teil des Lohnes ansehen, werden von den Arbeitern, da sie bei ihrer schweren Arbeit auch noch gezwungen sind, tagelänger unterwegs essen zu müssen, nicht nur restlos aufgebraucht, sondern reichen mitunter noch nicht einmal aus.

Die Arbeitnehmer haben es laut den Unwissen der Umgebenden

Verantwortl. für den Inhalt: Dr. F. Werner, Berlin. Verlag: Carl Heymanns Verlag, Berlin. Druck: Carl Heymanns Verlag, Berlin. Vertrieb: Carl Heymanns Verlag, Berlin. Preis: 1 Mark.